

## Protokoll

Gremium: Jugendhilfeausschuss

---

Donnerstag, den 07.03.2019

Sitzungsdatum:  
Beginn: 16:00 Uhr  
Ende 18:10 Uhr  
Sitzungsort: Kindertagesstätte Gemeinde Wiefelstede, Lüttje Padd  
1, Metjendorf

### **Anwesend:**

#### Vorsitzende/r

Frau Susanne Miks

#### Mitglieder

Frau Claudia Beeken

Herr Jürgen Drieling

Herr Frank Lukoschus

Herr Hermann Nee

Vertretung für KA Bäcker

Herr Hartwin Preussner

Frau Irmgard Stolle

Frau Kira Wiechert

#### von der Verwaltung

Herr Kreisrat Ingo Rabe

Frau Kreisverwaltungsoberrätin Petra Knetemann

Frau Alena Schulz, Kreisjugendpflegerin

#### Protokollführer

Frau Annemarie Schröder

#### hinzugewählte Mitglieder

Frau Katharina Kroll

Frau Marie-Luise Weber, AG der freien Wohlfahrtsverbände

#### beratendes Mitglied

Frau Marion Brötje

Frau Gleichstellungsbeauftragte Anja Kleinschmidt

**Abwesend:**

Mitglieder

Frau Sylvia Bäcker

hinzugewählte Mitglieder

Frau Judith Jachmann, Richterin am Amtsgericht

beratendes Mitglied

Herr Dietmar Biniasz, Vertreter der katholischen Kirche

Frau Sabine Eisenhuth, Landesschulbehörde

Frau Ute Fründt, Interessenvertretung ausländischer Kinder/Jugendliche

Herr Regionaljugendreferent Johannes Maczewski, Vertreter der evangelischen Kirche

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.11.2018
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Bericht der Jugendamtsleiterin einschl. Bericht aus dem Pflegekinderdienst  
Vorlage: MV/020/2019
- 7 Bericht der Kreisjugendpflegerin  
Vorlage: MV/021/2019
- 8 Antrag der Gemeinde Edewecht, Erweiterung des ev.-luth. Jonathan Kindergartens Osterscheps  
Vorlage: BV/027/2019
- 9 Antrag der Showband Rastede auf Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe  
Vorlage: BV/028/2019
- 10 Antrag der CDU-Kreistagsfraktion auf Änderung der Richtlinie; Anpassung der Altersgrenzen  
Vorlage: BV/029/2019
- 11 Antrag der A.K.I.A. e. V. auf Erhöhung der Sachkostenpauschale für Kindertagespflegepersonen im Landkreis Ammerland  
Vorlage: BV/030/2019
- 12 Antrag der A.K.i.A. e.V. auf Förderung eines landkreisweiten Vertretungskonzeptes  
Vorlage: BV/031/2019
- 13 Mitteilungen des Landrates
- 14 Anfragen und Hinweise
- 15 Einwohnerfragestunde
- 16 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vor der Sitzung hat eine Führung durch die Räumlichkeiten der neuen Kindertagesstätte stattgefunden.

## **Öffentlicher Teil**

### **Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzende Miks eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Sitzung auf Tonträger aufgenommen und diese Aufzeichnung nach Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht wird.

### **Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Vors. Miks stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

### **Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung laut Deckblatt wird einstimmig festgestellt.

### **Zu TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.11.2018**

Gegen die vorgenannte Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben; sie wird einstimmig genehmigt.

### **Zu TOP 5 Einwohnerfragestunde**

Keine Fragen.

### **Zu TOP 6 Bericht der Jugendamtsleiterin einschl. Bericht aus dem Pflegekinderdienst Vorlage: MV/020/2019**

KVOR Knetemann trägt den Bericht unter Verwendung einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1) vor. Sie geht dabei insbesondere auf das Unterhaltsvorschussgesetz ein.

Auf Nachfrage von KA Preussner nach der Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich Unterhaltsvorschuss antwortet KVOR Knetemann, dass zurzeit 4 Vollzeitstellen (verteilt auf sechs Kräfte) vorhanden seien. Eine Vollzeitkraft ist am 1. Februar 2019 angefangen und eine weitere Vollzeitkraft wird in der nächsten Zeit eingestellt werden. Sie macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass die Belastung im Jugendamt sehr hoch sei. Durch Ausfälle von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bereich des Allgemeinen Sozialdienstes (ASD) etwa durch Krankheit oder Arbeitsplatzwechsel bleibe viel Arbeit liegen, die von den verbleibenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht in vollem Umfang abgearbeitet werden könne.

Trotz eines sehr guten engagierten Teams im Jugendamt sei die Lage sehr angespannt.

KA Lukoschus fragt nach, ob es neben dem Engagement der Kreisverwaltung zur Schaffung neuer Stellen und zur Besetzung von vakanten Stellen weitere Möglichkeiten gebe, die Situation im Jugendamt zu entspannen.

KVOR Knetemann erläutert, dass im Jugendamt versucht werde, Arbeitsabläufe so einfach wie möglich zu gestalten. Man sei zudem in konstruktivem Austausch mit der Personalstelle, um die Vakanzen kurzfristig zu beheben. Ein Problem sei der Fachkräftemangel und konkurrierende Stellenangebote. Insofern sei es schwierig, gute Fachkräfte zu gewinnen. Sie macht abschließend deutlich, dass trotz Arbeitsbelastung jeder gemeldeten Kindeswohlgefährdung nachgegangen werde.

KR Rabe führt ergänzend aus, dass sich auf dem Arbeitsmarkt viel geändert habe. Es gebe viele freie Träger mit attraktiven Stellenangeboten. Eine Stelle beim Jugendamt des Landkreises stehe bei Arbeitssuchenden nicht immer an erster Stelle, denn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jugendamt müssten viel Verantwortung übernehmen und seien einer hohen Arbeitsbelastung ausgesetzt. Man müsse gerade die jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärker begleiten.

Die Mitarbeiter des Jugendamtes Frau Deichsel und Herr Caspers berichten ausführlich unter Verwendung einer Power-Point-Präsentation (Anlage 2) über die Arbeit des Pflegekinderdienstes.

Nachfragen aus der Mitte der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses werden ausführlich von Frau Deichsel und Herrn Caspers beantwortet.

Vors. Miks dankt KVOR Knetemann, Frau Deichsel und Herrn Caspers für die ausführlichen Berichterstattungen.

#### **Zu TOP 7 Bericht der Kreisjugendpflegerin Vorlage: MV/021/2019**

Kreisjugendpflegerin Schulz berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 3) über die Jugendarbeit. Sie geht dabei u. a. auf die Förderung von Gruppenfahrten, internationalen Begegnungen, außerschulischer Bildungsarbeit und auf die „Jugendarbeit im Impuls der Zeit“ ein. Insbesondere berichtet sie über den Ausbau der digitalen Vernetzung über eine neue „APP“. Sie informiert ausführlich über die Ausstattung und den Aufbau dieser geplanten APP. Sie weist auf einen Fachtag zum Thema „Umgang mit Medien“ und auf die Sitzung zur Neukonstituierung des Kreispräventionsrates am 2. April 2019 hin.

KR Rabe teilt mit, dass die Einladungen zur Sitzung des Kreispräventionsrates in Kürze versendet werden. Nach der jetzt erfolgten Einarbeitung von Frau Schulz solle der Präventionsrat neu aufgestellt werden. Gemeinsam mit der Polizei wolle man dann auf Themensuche gehen und Tätigkeitsfelder festlegen, bei denen Prävention betrieben werden könne.

Vors. Miks dankt Frau Schulz für ihren Vortrag und wünscht viel Erfolg bei der Präventionsarbeit.

**Zu TOP 8    Antrag der Gemeinde Edewecht, Erweiterung des ev.-luth. Jonathan Kindergartens Osterscheps  
Vorlage: BV/027/2019**

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Der Gemeinde Edewecht wird für den Erwerb eines Gebäudes zur Erweiterung des ev.-luth. Jonathan-Kindergartens in Osterscheps sowie zur Erweiterung des Mitarbeiteraumes und zur Schaffung von 25 Kindergartenplätzen eine Zuwendung in Höhe von 4.000 Euro je neugeschaffenem Platz, höchstens jedoch 30 % der zuwendungsfähigen Ausgaben, mithin bis zu 69.900 Euro gewährt. Die Zuwendung wird vorbehaltlich der Einplanung entsprechender Haushaltsmittel im Haushaltsplan 2020 gewährt.

**Zu TOP 9    Antrag der Showband Rastede auf Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe  
Vorlage: BV/028/2019**

KR Rabe führt aus, dass die Showband Rastede seit 1953 Jugendarbeit betreibe. Mit der Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe könne die Showband Rastede, insbesondere für internationale Begegnungen, auf zusätzliche Fördermittel zugreifen.

Dem Kreisausschuss wird einstimmig vorgeschlagen:

Der Verein Showband Rastede e.V. wird gem. § 75 SGB VIII mit Wirkung vom 01.03.2019 als freier Träger der Jugendhilfe anerkannt.

**Zu TOP 10    Antrag der CDU-Kreistagsfraktion auf Änderung der Richtlinie; Anpassung der Altersgrenzen  
Vorlage: BV/029/2019**

KA Beeken erläutert den Antrag der CDU-Fraktion. Sie führt aus, dass die Richtlinie zur Förderung von Jugendfahrten gegenwärtig ein Mindestalter von 14 Jahren voraussetze. Seit mehreren Jahren würden Fahrten vermehrt mit deutlich jüngeren Kindern durchgeführt. Die CDU-Fraktion beantrage die Herabsetzung des Mindestalters auf 10 Jahre, um die Regelung zur Teilnahme an Jugendfahrten und Jugendbegegnungen an die heutigen Gegebenheiten anzupassen.

KA Drieling führt aus, dass auch die Ergänzung zur Änderung des Betreuungsschlüssels auf einen Betreuer für fünf Kinder unter 14 Jahre begrüßt und für sinnvoll gehalten werde.

KA Stolle trägt im Namen der SPD-Fraktion vor, dass der Antrag der CDU-Fraktion befürwortet werde. Die Herabsetzung des Mindestalters für Kinder- und Jugendfahrten sei schon seit Jahren überfällig gewesen und auch die Änderung des Betreuungsschlüssels werde für wichtig gehalten. Damit werde auch den Betreuungspersonen Verantwortung abgenommen. Die SPD-Fraktion stelle über den Antrag der CDU-Fraktion hinausgehend einen Ergänzungsantrag dahin, die in der Richtlinie aufgeführten Zuschussbeträge zu erhöhen. Es habe seit 2003 und somit seit 16 Jahren keine Anpassung gegeben. Allein die Reisekosten hätten eine erhebliche Steigerung

erfahren und die Beträge sollten grundsätzlich angehoben werden. Sie überreicht einen entsprechenden Ergänzungsantrag zum Protokoll (Anlage 4)

KR Rabe stellt richtig, dass die Richtlinie in Bezug auf die allgemeinen Fahrtzuschüsse im Jahr 2015 letztmalig angepasst worden sei. Er führt aus, dass die jetzt vorgeschlagene umfassende Erhöhung auch in Abstimmung mit der Kämmerei vorbereitet werden müsse. Er schlägt vor, dass der Ausschuss der Kreisverwaltung einen entsprechenden Auftrag erteilt, damit eine Vorlage zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses vorgelegt werden könne.

KR Rabe schlägt des Weiteren vor, die Anhebung der Beiträge für die Fahrten im Zusammenhang mit dem Austausch mit dem Landkreis Pleszew und seinen Gemeinden im heutigen Beschlussvorschlag mit aufzunehmen und zu beschließen. Die angeregte Erhöhung dieser Förderbeträge, die tatsächlich im Jahr 2015 nicht mit angehoben worden seien, sei im Vorfeld angekündigt gewesen und mit dem Kämmerer besprochen worden.

Dabei sei für Fahrten nach Pleszew eine Anhebung von 8,00 € auf 15,00 € vorgeschlagen worden. Für Fahrten der polnischen Gäste ins Ammerland beinhalte der Vorschlag eine Anhebung von 5,00 € auf 10,00 €.

KA Stolle führt aus, dass die SPD-Fraktion sich mit dem Vorschlag von KR Rabe zum Beschluss der Beitragserhöhung für Polenfahrten einverstanden erklären könne. Es müsse aber ein Anreiz für die Vereine geschaffen werden und somit müsse über eine Beitragserhöhung auch für die übrigen Bereiche nachgedacht werden.

KA Drieling hält den Vorschlag von KR Rabe für sinnvoll und wird diesen unterstützen. Der Antrag der SPD-Fraktion sei vorher nicht bekannt gewesen und seiner Meinung nach müsse dieser ausführlich geprüft und beraten werden.

KA Beeken ist ebenfalls der Ansicht, dass der umfassende Antrag der SPD-Fraktion sehr kurzfristig eingereicht worden sei und ausführlich im dafür zuständigen Jugendhilfeausschuss beraten werden müsse. Insbesondere die finanziellen Auswirkungen müssten analysiert werden. Einer Erweiterung des Beschlussvorschlages für die Erhöhung der Beiträge für Polenfahrten könne aber jetzt zugestimmt werden.

Vors. Miks ist der Meinung, dass die bestehenden Fragen erst geklärt werden müssten, bevor ein Beschluss für eine allgemeine Erhöhung gefasst werden könne.

KA Lukoschus führt aus, dass die SPD-Fraktion sich darauf geeinigt habe, die Anhebung der Förderung für die Polenfahrten heute zu beschließen. Die Anhebung der restlichen Beträge solle zunächst von der Verwaltung geprüft werden. Er schlägt insoweit eine Beschlussfassung in der Sitzung des Kreisausschusses am 20.03.2019 vor, da eine mögliche Erhöhung ggf. noch in diesem Sommer wirksam werden solle.

Vors. Miks schlägt aufgrund der Unstimmigkeiten vor, den weitergehenden Antrag der SPD-Fraktion in den Kreisausschuss zur Beratung zu geben.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

1. Die Richtlinie des Landkreises Ammerland für die Förderung von Jugendpflegemaßnahmen und Kindertageseinrichtungen wird unter den Punkten 2.4, 2.5 und 2.6 geändert. Die Altersgrenze wird auf 10 Jahre herabgesetzt.
2. Die Richtlinie wird zudem um einen neuen Punkt 2.8 wie folgt ergänzt:  
„Für Gruppenbegegnungen mit mehr als einer Übernachtung nach 2.4, 2.5 und 2.6 dieser Richtlinie werden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel für unter 14jährige Teilnehmer Betreuungskräfte im Verhältnis 1 zu 5 (1 Betreuungskraft und 5 Teilnehmer) gefördert.“
3. Die Förderbeträge in Ziff. 2,6 der Richtlinie werden von 8,00 € auf 15,00 € für Fahrten in den Landkreis Pleszew und 5,00 € auf 10,00 € für Fahrten aus Pleszew in das Ammerland angehoben.
4. Die Neufassung der Richtlinie wird mit Wirkung zum 01.04.2019 beschlossen.
5. Der weitergehende Antrag der SPD-Fraktion auf Erhöhung der Zuschussbeiträge wird dem Kreisausschusses zur weiteren Beratung vorgelegt.

**Zu TOP 11 Antrag der A.K.I.A. e. V. auf Erhöhung der Sachkostenpauschale für Kindertagespflegepersonen im Landkreis Ammerland  
Vorlage: BV/030/2019**

Vors. Miks trägt kurz den Sachverhalt vor.

KR Rabe führt aus, dass die Erhöhung der Sachkostenpauschale Kosten von fast 250.000,00 € nach sich ziehe. Faktisch liege die Sachkostenpauschale des Landkreises Ammerland aber schon seit vielen Jahren deutlich unter dem Durchschnitt anderer Landkreise. Um die Tagespflege weiterhin attraktiv gestalten zu können, trage die Verwaltung die Erhöhung der Sachkostenpauschale mit.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

1. Die Sachkostenpauschale für Kindertagespflegepersonen im Landkreises Ammerland wird auf 1,85 € je Betreuungsstelle erhöht. Die Sachkostenpauschale für die Betreuungspersonen, die Kinder in deren häuslichem Umfeld betreuen, wird auf 1,08 € angehoben. Die entsprechende Änderung in § 3 Nr. 2 (1) der Satzung des Landkreises Ammerland über die Förderung von Kindern in Tagespflege in der vorgelegten Form wird zum 01.07.2019 beschlossen.
2. Die zusätzlichen Finanzmittel von 250.000 Euro werden als überplanmäßige Aufwendungen des Jahres 2019 zur Verfügung gestellt. Die Deckung dieses Finanzmittelbedarfes ist über den allgemeinen Haushalt sichergestellt.

**Zu TOP 12 Antrag der A.K.i.A. e.V. auf Förderung eines landkreisweiten Vertretungskonzeptes**  
**Vorlage: BV/031/2019**

KR Rabe verweist auf den der Vorlage beigefügten Antrag der A.K.i.A. e. V. auf Förderung eines landkreisweiten Vertretungskonzeptes. Er führt aus, dass es sich um ein Pilotprojekt handele, das darauf angelegt sei, eine Vertretungsregelung für den gesamten Landkreis Ammerland zu erzielen. Eine Vertretung solle vorrangig in den Räumlichkeiten der Tageseltern stattfinden, die durch Krankheit eine Betreuung ihrer Tageskinder nicht durchführen können. Z. B. bei einer ansteckenden Krankheit der Tageseltern müsse aber auf andere geeignete Räumlichkeiten zurückgegriffen werden. Wichtig für die Verwaltung sei, dass das Projekt nicht nur für Mitglieder des Vereins, sondern auch für Eltern, deren Tagespflegeperson nicht bei dem Verein organisiert sei geöffnet werde. Es solle ein kreisweites Angebot eingerichtet werden, das sich auf zwingende Vertretungsfälle beschränke. Es sei bekannt, so KR Rabe weiter, dass die Vertretungsregelung im Kreis der Tageseltern kontrovers diskutiert werde. Viele Tageseltern hätten sich bereits selbst organisiert. Er macht nochmal deutlich, dass es sich um ein Pilotprojekt handele das bei unzureichender Teilnahme jederzeit wieder beendet werden könne. Sollte sich das Projekt etablieren, müssten wohl weitere Stützpunkte eingerichtet werden.

Vors. Miks weist darauf hin, dass das Pilotprojekt vorläufig auf drei Jahre begrenzt sei und vom Familienservicebüro des Landkreises Ammerland begleitet werde.

Frau Weber ist der Meinung, dass das Projekt getestet werden müsse. Ihr sei aber nicht klar, warum dafür ein eigener Verein gegründet werden müsse und der Stützpunkt nicht durch die A.K.i.A. selbst betrieben werde.

KR Rabe erläutert, dass durch den zu gründenden Verein die Vertretungspersonen angestellt werden. Damit sei auch ein wirtschaftliches Risiko verbunden und es mache insoweit Sinn, einen eigenen Rechtsträger für das Projekt zu schaffen. Letztendlich liege diese strukturelle Entscheidung aber in der Hand der Antragsteller.

KA Lukoschus merkt an, dass ihm der pädagogische Hintergrund nicht klar sei. Er fragt nach, wie verfahren werde, wenn ein Tagesmutter z.B. in Augustfehn erkrankt und das betreffende Kind müsse ganz woanders betreut werden. Er hält dieses Verfahren pädagogisch für nicht richtig.

KR Rabe weist darauf hin, dass Frau Hellmers, Vorsitzende der Tageseltern, als Gast anwesend sei und schlägt vor, die Sitzung kurz zu unterbrechen, damit Frau Hellmers das Pilotprojekt erklären könne.

Die Sitzung wird um 17: 46 Uhr unterbrochen und um 17:54 Uhr weitergeführt.

KA Beeken hält es für gut, dass die Kreisverwaltung sich des Problems der Vertretungsregelung nochmal angenommen habe und ein Vorschlag unterbreitet werde. Die Probleme der Tageseltern seien schon mehrmals vorgestellt und diskutiert worden. Die CDU-Fraktion befürworte den Antrag. Man gehe damit auf die Probleme der Tageseltern ein und eine Betreuung der Kinder im Krankheitsfall könne somit gewährleistet werden.

KA Stolle teilt mit, dass die SPD-Fraktion sich nicht einig geworden sei, wie mit dem Antrag umgegangen werden solle. Sie persönlich sehe das Projekt kritisch und werde sich bei der Abstimmung enthalten. Sie begründet ihre kritische Haltung damit, dass es sich bei den betroffenen Kindern um Kinder bis zu einem Alter von drei Jahren handle. Eine Kontaktpflege sei sehr wichtig, aber sie sehe es kritisch, ob es betroffenen Kindern gelinge, zu einer anderen Tagesmutter Vertrauen aufbauen können. Des Weiteren bedeute eine zentrale Anlaufstelle innerhalb des Landkreises Ammerland für betroffene Eltern ggf. weitere Fahrtstrecken. Es werde automatisch vorausgesetzt, dass alle Eltern ein Auto zur Verfügung haben, was durchaus nicht immer der Fall sei.

KA Nee führt aus, dass die Kritik von KA Stolle in der Gesamtbetrachtung nachvollziehbar sei. Die Verwaltung habe sich aber sehr intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt und man müsse bedenken, dass es sich um ein Pilotprojekt handle, das zu jeder Zeit wieder abgebrochen werden könne. Er ist der Meinung, dass dem Antrag zugestimmt werden solle.

KA Drieling schließt sich den Beiträgen der Vorredner an. Die FDP-Fraktion wolle eine Vertretungslösung für den ganzen Landkreis Ammerland. Mit Blick auf die Vergleichbarkeit zu Kindertagesstätten erziele man mit dem Pilotprojekt einer zentralen Vertretungsregelung eine Verbesserung. Des Weiteren würden faire Bedingungen für Tageseltern geschaffen. Er habe im Vorfeld mit Tageseltern in Westerstede gesprochen, die zum Teil deutlich gemacht hätten, dass sie von der Vertretungsregelung keinen Gebrauch machen würden, da sie sich anders organisiert hätten. Es bleibe zu hoffen, dass möglichst viele Tageseltern das Projekt unterstützen und in Anspruch nehmen. Die FDP-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Vors. Miks führt aus, dass in der Fraktion B90/Die Grünen das Thema umfassend diskutiert worden sei. Man sehe ebenfalls einige Kritikpunkte, werde das Konzept aber mittragen, weil es sich um ein Pilotprojekt handle. Wichtig sei, dass das Projekt gründlich evaluiert werde.

KA Lukoschus macht deutlich, dass er das Projekt als Pilotprojekt mittragen werde. Ein Pilotprojekt müsse regelmäßig evaluiert werden. Eine Gleichstellung mit Kindertagesstätten sehe er nicht, da Kitas andere Hürden und Ansprüche hätten. Er macht noch einmal deutlich, dass er sowohl eine pädagogische als auch eine organisatorische Evaluation für wichtig halte, die regelmäßig dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden solle. Die SPD-Fraktion trage das Projekt in weiten Teilen mit, sehe aber auch die von KA Stolle angesprochenen Kritikpunkte. Wenn das Projekt erfolgreich verlaufe, könne man auf der Basis weitermachen. Bei der Erkenntnis, dass das Projekt nicht ausreichend angenommen werde, müsse man aber auch bereit sein, das Projekt einzustellen.

Dem Kreistag wird bei einer Stimmenthaltung einstimmig vorgeschlagen:

1. Zur Erprobung eines landkreisweiten Vertretungskonzeptes wird der Arbeitsgemeinschaft Kindertagespflege im Ammerland e.V. (A.K.i.A. e.V.) im Rahmen eines max. dreijährigen Pilotprojektes auf der Basis des vorgelegten Vertretungskonzeptes ab 01.07.2019 eine lfd. Förderung in Höhe von jährlich 55.330 Euro für den Betrieb eines Vertretungsstützpunktes mit bis zu 10 Plätzen bewilligt.

2. Der A.K.i.A. e.V. wird ein einmaligen Zuschuss von 1.200 Euro je eingerichteten Vertretungs-Betreuungsplatz bewilligt mit der Maßgabe, dass im Falle eines vorzeitigen Projektendes die hierfür erworbenen beweglichen Güter dem Landkreis Ammerland zufallen.
3. Die für das Haushaltsjahr 2019 benötigten Finanzmittel in Höhe von bis zu 39.800,00 Euro werden überplanmäßig bereitgestellt. Die notwendigen Finanzmittel stehen aus der allgemeinen Deckungsreserve zur Verfügung.

#### **Zu TOP 13    Mitteilungen des Landrates**

Keine Mitteilungen.

#### **Zu TOP 14    Anfragen und Hinweise**

KA Drieling fragt bzgl. der von KVOR Knetemann vorgetragenen Unterhaltsvorschussregelung, wer die Kosten übernehme.

KVOR Knetemann antwortet, dass etwa 80 % der Unterhaltsvorschusskosten von Land und Bund erstattet würden und 20 % der Landkreis übernehme. Ab einer Rückholquote von 20 % bestünde beim Landkreis Ammerland eine Kostenneutralität, da diese Gelder zunächst auf die kommunale Quote angerechnet werde.

#### **Zu TOP 15    Einwohnerfragestunde**

Keine Fragen.

#### **Zu TOP 16    Schließung der öffentlichen Sitzung**

Vors. Miks schließt die öffentliche Sitzung.